

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— M., für einen Monat 8.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 12693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— M., Reklame-Kolonelleise 10.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Resultat von London.

Vorzellig beendet? Ein höchst mageres Ergebnis.

Paris, 22. Dezember. (M.) Die Londoner Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George sind höchst überraschend zu einem vorzeitigen Abschluß gelangt, ohne daß irgendwie eine positive Einigung zwischen den beiden Ministerpräsidenten hat erzielt werden können. Noch gestern nahm man in Paris und London allgemein an, daß Briands Anwesenheit in London sich noch bis zum Freitag oder Sonnabend hingziehen würde. Wie die Blätter melden, hat Briand aber bereits seine Abreise auf heute mittag festgesetzt so daß faktisch die Londoner Konferenz als beendet angesehen werden muß, da auch der Briand begleitende Couchour mit nach Paris zurückreist.

Schon die letzten Meldungen der Pariser und Londoner Blätter ließen erkennen, daß sich im Schoße der Konferenz sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten ausgetan hatten, die zu überbrücken den beteiligten Sachverständigen die größten Schwierigkeiten bereitete. Der Lösung der Reparationsfrage, wie sie durch die deutsche Note an die Reparationskommission aufgeworfen wurde, ist denn auch die Londoner Konferenz um keinen Schritt nähergekommen und wenn man das Fazit der Verhandlungen zieht, so ergibt sich, daß die Konferenz eigentlich ohne irgendwelche greifbare Ergebnisse abgebrochen wurde.

Als einziges Positivum bleibt auf der einen Seite der Beschluß, drei verschiedene Konferenzen einzuberufen: Die alliierten Außenminister werden sich in den Tagen des 8. bis 10. Januar in Paris über die Orientfrage zu unterhalten haben. Dann erfolgt in der ersten Januarhälfte in Cannes eine Tagung des Obersten Rates, zu der vielleicht auch Deutschland hinzugezogen werden könnte. Endlich soll drittens zu einem noch nicht näher festgelegten Zeitpunkt der Plan Lloyd Georges, eine internationale Wirtschaftskonferenz, die die Mittel zur wirtschaftlichen Rekonstruktion Mitteleuropas und Rußlands zu untersuchen hätte, Verwirklichung finden. Auf der andern Seite haben sich England und Frankreich anscheinend über die Zahlungsmodalitäten der beiden nächsten fälligen Raten geeinigt. Wenn man den Blättermeldungen Glauben schenken kann, so besteht diese Einigung darin, daß die deutsche Schuldrate um 300 Millionen ermäßigt worden ist, so daß also Deutschland für die beiden Raten am 15. Januar und 15. Februar die Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark zahlen muß. Ueber die restlichen 275 Goldmillionen kam ein Beschluß ebenfalls zustande, wie über die von Briand angestrebte Erweiterung der Nachtbefugnisse des Garantiekomitees. Einige Londoner Blätter, so die Daily Mail, behaupten sogar ausdrücklich, daß Lloyd George sich mit aller Entschiedenheit gegen eine weitere Ausdehnung der Nachtbefugnisse des Garantiekomitees gewendet habe, weil er keine „Diktomanisierung“ Deutschlands wünsche.

Im übrigen erwartet man in Londoner politischen Kreisen, daß schon in den allernächsten Tagen an Deutschland eine Note des Inhalts ergehen wird, daß es seinen fälligen Verpflichtungen in Höhe von 500 Millionen Goldmark nachzukommen habe. Unter welchen Bedingungen die Stundung der restlichen 300 Millionen bewilligt wurde, wird sich erst aus dieser Note entnehmen lassen. Sanktionen scheinen diesmal die Note nicht zu begleiten, da Lloyd George ja sich immer mehr und mehr zu einem ausgesprochenen Gegner der Sanktionspolitik entwickelt hat.

Die Ursache des Abbruches?

Eingreifen Italiens.

Berlin, 22. Dezember. (M.) In unterrichteten diplomatischen Kreisen Berlins wird der Dena erklärt, daß die vorzeitige Unterbrechung der Londoner Besprechungen in der Hauptsache auf jene Mitteilung zurückzuführen ist, die der italienische Botschafter de Martino gestern Lloyd George gemacht hatte. In dieser Mitteilung wurde darauf hingewiesen, daß Italien ein sehr großes Interesse an der Reparationsfrage habe und der Meinung sei, daß eine Entscheidung in dieser Frage ohne Teilnahme Italiens kaum getroffen werden könne. Obwohl die Mitteilung de Martinos sehr geschickt formuliert war, ließ sie die eigentliche Absicht klar durchblicken, so daß Lloyd George nach einer weiteren Besprechung mit Briand den Beschluß faßte, die Konferenz über die Reparationsfrage zu vertagen und dann unter Heranziehung eines italienischen Vertreters fortzusetzen.

Briand ist befriedigt.

Paris, 22. Dezember. Havas meldet: Briand versicherte seine lebhafteste Genugtuung über das erzielte Einverständnis (?). Zwei wichtige Ergebnisse wurden in London erzielt: Das erste, das praktischer und materieller Natur ist, besteht in der Einberufung des Obersten Rates und befristigte die gemeinsame Auffassung der Fragen, die von der Versammlung behandelt werden sollen. Die zweite ist politischer Natur und hat vielleicht noch größeres Gewicht. Sie bedeutet eine engere Verknüpfung der Entente, eine wichtige Grundlage für den Erfolg der nächsten Tagung in Cannes und für die künftigen Maßnahmen von größter Tragweite.

Eine englische Pressestimme.

London, 22. Dezember. Zu der Beendigung der Konferenz zwischen Lloyd George und Briand durch die Einberufung des Obersten Rates für die erste Januarwoche nach Cannes berichtet Daily Chronicle, die französische Ansicht über die wirtschaftlichen und politischen Probleme Europas sei von der britischen Ansicht so verschieden, daß die Gesamtfragen durch den Obersten Rat der Alliierten entschieden werden müßten. Die Engländer hofften, daß auf die Konferenz eine allgemeine internationale Konferenz folgen würde, an der Deutschland und Rußland teilnehmen würden. Laut Daily Chronicle ist Großbritannien bereit, Frankreich die wirksamsten Garantien für seine Sicherheit zu geben. Diese Garantie Großbritanniens müßte auf einer allgemeinen europäischen Vereinbarung beruhen. Der Standpunkt der französischen Sachverständigen beweise leider, daß sie von dem Geiste Lloyd Georges noch weit entfernt seien. Wenn Lloyd Georges Politik in Cannes nicht angenommen werde, werde Europa noch tiefer in das Chaos versinken.

Der Temps für das Abkommen mit Deutschland.

Paris, 23. Dezember. (M.) Der Temps zeigt sich in seinem Leitartikel einem französisch-englisch-deutschen Garantie-Vertrag auf Gegenseitigkeit nicht abgeneigt. England und Frankreich könnten ausdrücklich erklären, daß sie die Integrität des Reiches wahren und sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten enthalten werden. Wenn ein solches Abkommen von allen Seiten mit gutem Willen und Aufrichtigkeit gekalkuliert werde, wäre wohl die Zeit gekommen, um auf alle militärischen Sanktionen verzichten zu können.

Zulassung deutscher Delegierter?

Paris, 22. Dezember. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas erwähnt in einer Meldung aus London, daß deutsche Delegierte zu den Beratungen in Cannes zugelassen würden, wie es in Spa und bei der Februar-Konferenz in London der Fall gewesen sei, fügt jedoch hinzu, daß man diese Gerüchte mit ausdrücklicher Reserve vorzeichnen müsse.

Ein Oberland-Ordnung als Mörder.

München, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Vor wenigen Tagen ereignete sich in München ein entsetzliches Verbrechen. In einem Keller wurde ein 39 Jahre alter Kaufmann mit einer Eisenstange erschlagen und beraubt. Inzwischen ist der Mörder und sein Bruder, der der Mittäterschaft verdächtig war, festgenommen. Sowohl der Mörder als auch sein Bruder waren zur Zeit der Räuberpublik radikale Kommunisten. Mit dem politischen Umsturz in Bayern schlug auch ihre Gesinnung um. Das Freikorps Oberland kann es sich zur Ehre rechnen, daß die beiden in Oberstleuten in den Reihen des Freikorps kämpften und dort alle „Heldentaten“ mitmachten. Als aber dort nichts mehr zu holen war, kehrten die beiden heim und jetzt ist der Bruder des Mörders Gruppenführer einer Sturmabteilung der nationalsozialistischen Partei (Antisemiten). Diese Sturmabteilung ist die Terrorgruppe der Münchner rauffuchtigen Antisemiten.

Rücktritt Dr. Benešs?

Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das Berliner Tageblatt erzählt aus Prag: Dr. Beneš soll, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigen, sein Amt als Ministerpräsident niederzulegen, um sich wieder auf das Ressort des Außenministers zu beschränken. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Entscheidung bilden die sehr lahmen Verhältnisse in der tschechoslowakischen Koalition, in der einmal die Bürgerlichen, am anderenmal die sozialistischen Parteien das Konzept der Regierung führen. Ob der Rücktritt Benešs als Chef der Regierung schon bald erfolgen wird, hängt wesentlich davon ab, ob sich ein den tschechischen Parteien genehmer Politiker als Kabinettschef finden wird. Vor der Hand steht eine solche Persönlichkeit nicht zur Verfügung.

Die Palastrevolution in der SPD.

Malajahn fordert Rücktritt der Märzputschisten in der Zentrale. Berlin, 23. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Freiheit wird berichtet: In der vorgestrigen Sitzung der Zentrale der SPD. erschien eine Deputation von hiesigen und auswärtigen Delegierten unter Führung von Malajahn, die eine mit mehreren Unterzeichneten versehene Resolution vorlegte, in der der sofortige Rücktritt aller am Märzputsch mitschuldigen Mitglieder gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Deputation mit leeren Redensarten abgewiesen wurde. Wie wir weiter hören, will sich die immer härter werdende Opposition in der SPD. mit diesen Erklärungen nicht zufrieden geben, sie wird sich in den nächsten Tagen mit einer Erklärung, die u. a. von Brach, Malajahn und Friesland unterzeichnet sein wird, an die Parteigenossen im Lande wenden, damit dem unwürdigen Skandal ein Ende gemacht wird, daß immer noch Leute an der Spitze der Partei stehen können, die längst das Vertrauen verwirrt haben.

Um keinen Schritt weiter.

Büchlich und unerwartet hat am gestrigen Tage die Londoner Konferenz ihr Ende gefunden. Das Reparationsproblem hat eine neue Phase durchlaufen, ohne damit seiner Lösung auch nur um einen Schritt nähergekommen zu sein. Die Ergebnisse der Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand sind außerordentlich mager, wenn man nicht sagen will, daß sie vollkommen negativ verlaufen seien. Das einzige positive Resultat ist das Einverständnis für das Zusammentreten des Obersten Rates in der ersten Hälfte des Januar, neben dem eine Konferenz der alliierten Außenminister einhergehen soll. Unter Hinblick auf die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, die in der letzten Note an die Garantiekommission verkündet wurde, hat man sich dahin geeinigt, daß Deutschland zahlen muß. Nur hat man die Januar- und Februarquoten um etwa 300 Mill. Goldmark ermäßigt. Ueber die einzelnen Bedingungen dieses Zahlungsausschubs ist bisher nichts bekannt geworden.

Zwar wird gemeldet, daß demnächst in Form einer Note der deutschen Regierung die Bedingungen für die Zahlungserleichterungen übermittelt werden sollen, indes alle französischen und englischen Meldungen über den Verlauf der Konferenz und ihr fähes Ende lassen den Schluß zu, daß man zu einer Einigung in den zur Diskussion stehenden Fragen nicht gelangen konnte. Zwischen den Engländern und den Franzosen klafft in der Frage des Wiederaufbauproblems, in der Haltung gegenüber Deutschland und Rußland und in der Angorfrage ein scharfer Gegensatz, und wenn nicht alles täuscht, ist derselbe durch die Aussprache in London keineswegs gemindert worden. Wenngleich Briand bei seiner Rückkehr nach Frankreich erklärte, daß er von dem Ergebnis der Besprechung befriedigt sei, so darf man schließlich der Auffassung Briands zustimmen insofern, als es ihm gelungen ist, die Frage des Moratoriums auf die lange Bank zu schieben und Lloyd George zu zwingen, für die Weiterzahlung der nächsten Reparationsraten durch Deutschland keine Zustimmung zu geben. Weniger befriedigt von dem Ergebnis dürfte Lloyd George sein. Alle seine Hoffnungen, die er auf die direkte Aussprache mit dem Leiter der französischen Politik stützte, sind zu Wasser geworden. Die Frage des Allianzvertrags der drei Länder ist von den Franzosen unter Führung Briands scheinbar einstimmig abgelehnt worden. Er ist eine Vorbedingung für die weitere Einstellung der englischen Politik, die darauf gerichtet ist, den Einfluß Frankreichs, sein Bestreben, die Hegemonie über Europa zu errichten, zu verhindern. Um dies zu erreichen, muß Lloyd George dahin wirken, die Gefahren, die angeblich von Deutschland drohen, zu beseitigen, indem sich Deutschland vertraglich verpflichten soll, die in dem Vertrag von Versailles gezogenen Grenzen entsprechend zu respektieren. Wäre eine derartige Allianz erreicht, dann könnte Lloyd George darauf dringen, daß auch Frankreich dem Problem der Abrüstung näheretrete. Damit würde dann der Alp, der über Europa lastet, gemindert werden und die politische Lage Englands würde sich nicht unwesentlich verbessern. Vielen Gedanken aber hat Frankreich von sich gewiesen. Briand will auf keinen Fall seiner bisherigen Machtpfülle über die Länder Europas entsagen.

Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Situation in England immer schwieriger wird und Lloyd George vor die gebieterische Notwendigkeit stellt, das Reparationsproblem gegenüber Deutschland, das allein eine Erleichterung im englischen Wirtschaftsleben bringen kann, zu reformieren. England ist darum bereit, auf alle Reparationszahlungen im Jahre 1922 zu verzichten, um damit dem vom Kriege am härtesten getroffenen Frankreich, sowie auch Belgien den Vorrang zu lassen. Es will beiden Ländern die Möglichkeit geben, die zerstörten Gebiete so rasch als möglich zum Aufbau zu bringen. Dabei ergibt sich freilich eine weitere Schwierigkeit, die darin besteht, daß für die Reparationssummen von 1921 die Engländer das Recht der Priorität haben, auf das sie auch unter den heutigen Verhältnissen noch nicht zu verzichten gewillt sind. England und Frankreich streiten sich seit dem August dieses Jahres über die Verteilung der ersten Milliarde, wüßten man bis zum heutigen Tage noch nicht zur Einigung gelangen konnte.

Bei der Gegenwärtigkeit der Auffassungen zwischen Briand und Lloyd George ist es zu verstehen, wenn es in den Verhandlungsräumen zu Downingstreet zeitweise zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen sein mag, um so mehr, da die zur Diskussion gestellten Probleme fernerhin erschwert werden durch die Einstellung Englands gegenüber dem Wiederaufbau in Rußland. Das hochindustriell entwickelte Wirtschaftsgebiet in England fordert beträchtliche Absatzmärkte, wenn das ganze Wirtschaftsleben nicht in vollständiges Staden geraten soll. Die englischen Kapitalisten streben daher gemeinsam mit den Stinnesleuten in Deutschland die kapitalistische Wiederaufbauarbeit in Rußland unmittelbar in Angriff zu nehmen. Rußland aber war der Schuldner Frankreichs vor dem Kriege und die Haltung der Sowjetregierung in der Frage der Zinszahlungen hat den französischen Kleinbürger in so starke Erregung gebracht, daß Briand auch heute noch nicht wagt, Sowjetrußland